

Protokoll Nr. 15 (2019-2023)

der öffentlichen Sitzung des Beirates Vahr am 16.03.2021 – als Videokonferenz

Beginn: 19:30 Uhr

Ende: 21:25 Uhr

Anwesend waren:

- | | | |
|----------------|--|---|
| a) vom Beirat | Herman Assmann
Eva Früh
Dr. Tim Haga
Margret Kößling-Schumann
Ulrich Maas
Oliver Saake
Bernd Siege
Helmut Weigelt | Jens Emigholz
Heinrich Gerkmann
Petra Hoya
Kathrin Lammel
Eva Mahler
Jörg Schoolmann
Nikolai Simson |
| b) vom Ortsamt | Dr. Karin Mathes
Thomas Berger | |
| c) Gäste | Dirk Stöver (Sozialzentrum Vahr/ Schwachhausen/ Horn-Lehe)
Henrike Wunsch-Lautebach, Seyit Dalgic (Ortsamt Schwachhausen/ Vahr) | |

Die Tagesordnung wird wie vorgelegt genehmigt.

Das Protokoll der Beiratssitzung Nr. 14 am 16.02.2021 (Videokonferenz) wird ebenfalls genehmigt.

TOP 1: Anträge von Bürger*innen, Wünsche, Anregungen und Mitteilungen in Stadtteilangelegenheiten

Mitteilungen des Beiratssprechers

Bernd Siegel berichtet, dass sich die fünf Kindertageseinrichtungen an der August-Bebel-Allee für die Einführung von Tempo 30 vor ihren Einrichtungen ausgesprochen hätten. Sie unterstützen damit das Anliegen des Beirats. Er bitte das Ortsamt, diese Stellungnahmen an das Amt für Straßen und Verkehr (ASV), das zuständige Senatsressort, die BSAG und die Polizei weiterzureichen. Gleichfalls bitte er die anderen Fraktionen, die Stellungnahmen an ihre Bürgerschaftsfraktionen weiterzuleiten, damit sich möglichst viele für das Anliegen einsetzen.

Mitteilungen aus dem Beirat

Petra Hoya berichtet, dass das unerlaubte Parken von Kfz auf den Grünflächen der Gewoba AG in der Witzlebenstraße offenbar geahndet und deshalb zurückgegangen sei. Lediglich im Bereich der Ludwig-Beck-Straße fänden sich weiterhin Kfz auf Grünflächen.

Petra Kurzhöfer (Gewoba) teilt hierzu mit, dass die Gewoba das Fehlverhalten intensiv verfolge. Sie werde auch dem neuerlichen Hinweis nachgehen.

Außerdem berichtet Petra Hoya, dass die „[Mission Orange – Wir räumen auf](#)“, ehemals „Bremen räumt auf“, der Bremer Stadtreinigung auf den 26. und 27.03.2021 verschoben worden sei.

Dr. Tim Haga weist darauf hin, dass auf den Grünflächen an der Kurt-Schumacher-Allee zwischen Wilhelm-Leuschner-Straße und Berliner Freiheit Maulwurfhügel plattgedrückt und einzelne Maulwürfe erlegt worden seien. Maulwürfe seien jedoch geschützt und dürften nicht getötet werden.

Dr. Karin Mathes sichert zu, dass das Ortsamt dem Sachverhalt nachgehen werde.¹

¹ Die fraglichen Flächen gehören der Gewoba AG. Von der Gewoba wurde dem Ortsamt bestätigt, dass bekannt sei, dass Maulwürfe unter Schutz ständen und hiervon für die Gewoba auch keine Ausnahme gelte: „Einmal im Jahr (Frühjahr) werden unsere Rasenflächen eingeebnet, um mit den Pflegegeräten die Pflege der Außenanlagen durchführen zu können. Dabei werden Maulwurfhügel auch eingeebnet. Es werden keine Maßnahmen gegen Maulwürfe durchgeführt.“

Mitteilungen aus dem Ortsamt

Dr. Karin Mathes teilt mit, dass das ASV 2021 in der Kurt-Schumacher-Allee auf der Höhe des Polizeipräsidiums etwa 80m Gehweg sanieren wolle. Gleiches sei für 200m Fußweg in der Carl-Goerdeler-Straße gegenüber der Berufsbildenden Schule für Einzelhandel und Logistik vorgesehen.

Weiter teilt Dr. Karin Mathes mit, dass am 29.04.2021, 18 Uhr, im Rahmen des Bauleitplanverfahrens für die Aufstellung des [Bebauungsplans 2518](#) für ein Gebiet zwischen Konrad-Adenauer-Allee, Ostpreußische Straße und Kleingartengebiet eine Einwohnerversammlung (frühzeitige Bürgerbeteiligung) in Form einer Videokonferenz stattfinden werde. Zusätzlich habe sie mit der Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau (SKUMS) vereinbart, dass die Planunterlagen ab dem Tag der Versammlung für 14 Tage online einsehbar seien. Auch Einwendungen könnten noch bis zu 14 Tage nach der Versammlung schriftlich geltend gemacht werden.

TOP 2: Antrag Vahrer Löwen im Programm „Wohnen in Nachbarschaften“ (WiN)

Dirk Stöver stellt den Antrag vor.²

Der Beirat nimmt zustimmend Kenntnis.

TOP 3: Antrag Grüne und SPD: Förderung vielfältiger Perspektiven im Beirat

Eva Mahlert stellt den gemeinsamen Antrag vor.³ Der Antrag verfolge das Ziel, die Sichtweisen von Frauen deutlicher sichtbar zu machen. Frauen seien im Beirat und auch ansonsten in kommunalen Gremien unterrepräsentiert und äußerten sich z.T. zurückhaltender als die männlichen Gremienmitglieder. Mit der quotierten Redeliste sollen Frauen in der Reihenfolge vorgezogen werden. Die Redeliste sei als weiche Redeliste ausgestaltet, so dass männliche Gremienmitglieder auch dann noch zu Wort kämen, wenn sich keine Frau mehr gemeldet habe. Die quotierte Redeliste solle durch Erstredner*innen ergänzt werden. Insgesamt sollen sich die Redebeiträge stärker durchmischen und mehr Perspektiven sichtbar werden. Parteipolitisch hätten sich diese Instrumente bewährt. Sollte sich der Beirat hierauf verständigen, werde anschließend eine entsprechende Änderung der Geschäftsordnung (GO) des Beirats angestrebt. Die Fraktionen seien aufgerufen, sich vorab zu verständigen, wer einen Redebeitrag leiste. Auch auf diesem Weg könnten mehr Gremienmitglieder als bislang zu Wort kommen.

Kathrin Lammel schließt sich dieser Sichtweise an.

Jens Emigholz verliert anschließend eine Erklärung, mit der er sich gegen eine quotierte Redeliste wendet.⁴ Er unterstütze wohl das Anliegen, sehe eine quotierte Redeliste aber als das falsche Instrument an.

Petra Hoya gibt zu bedenken, dass Frauen sich trotz einer quotierten Redeliste nicht zwingend aufgefordert fühlten, sich einzubringen, sie könnten sich vielmehr sogar genötigt fühlen, Stellung zu nehmen.

Ulrich Maas sieht durch eine quotierte Redeliste das freie Mandat und die freie Rede unzulässig eingeschränkt. Dies sei rechtlich nicht haltbar. Er erinnere daran, dass die Verfassungsgerichte mehrerer Bundesländer Gesetze, die Parteien zur Aufstellung quotierter Wahllisten verpflichten wollten, als verfassungswidrig verworfen hätten. Im Gegenteil sei die Sitzungsleitung aufgefordert, alle im Blick zu behalten und zu Wort kommen zu lassen. Frauen seien in den Gremien nur teilweise unterrepräsentiert. Er unterstütze jedoch den Vorschlag, dass die Fraktionen vorab klären sollen, wer sich zu einzelnen Themen äußere.

Kathrin Lammel räumt ein, dass der Beirat Vahr in der Tat sehr kollegial sei. Es gehe ihr aber darum, eine Struktur zu schaffen, mit der Unterrepräsentation von Frauen in öffentlichen Gremien begegnet werden könne. Die freie Rede werde auf diesem Weg nicht beschnitten, weil auch hierbei alle zu Wort kämen.

Er unterstütze den Antrag, teilt Oliver Saake mit. Die freie Rede werde nicht eingeschränkt, sondern lediglich die Abfolge der Redebeiträge geändert. Auf diesem Weg lasse sich eine

² Der Antrag ist als **Anlage 1** diesem Protokoll angefügt.

³ Der gemeinsame Antrag von Grünen und SPD ist als **Anlage 2a** diesem Protokoll angefügt.

⁴ Die Erklärung von Jens Emigholz ist als **Anlage 2b** diesem Protokoll angefügt.

größere Vielfalt der Redebeiträge erreichen. Um dem Anliegen Gewicht zu verschaffen, sei es auch richtig, dieses Instrument in der GO abzusichern. Eine vorherige rechtliche Prüfung durch die Senatskanzlei (SK) halte er für sinnvoll.

Dr. Tim Haga stellt fest, dass alle unzufrieden mit dem Anteil von Frauen in den Gremien des Beirats seien. Quotierte Listen seien durchaus ein geeignetes Mittel, dem zu begegnen. Allerdings sehe er rechtliche Probleme, da auf diesem Weg Männer kleiner Fraktionen benachteiligt seien. Er schlage stattdessen vor, dass sich die größeren Fraktionen freiwillig darauf verpflichteten, ihre Redebeiträge zu quotieren. Für eine Änderung der GO fehle ihm ein konkreter Wortlaut. Er empfehle seiner Fraktion, der CDU, sich beim vorliegenden Antrag zu enthalten.

Dr. Karin Mathes unterstreicht an dieser Stelle, dass sich der Fachausschuss „Globalmittel und Koordination“ vorab darauf verständigt habe, heute einen Grundsatzbeschluss herbeizuführen. Sollte sich der Beirat dem vorliegenden Antrag anschließen, werde das Ortsamt anschließend die Senatskanzlei um rechtliche Prüfung bitten. Bei einem positiven Ergebnis könne eine konkrete Formulierung für die GO vorgelegt und beschlossen werden. Dabei könnten auch weitere Änderungen vorgenommen werden, die sich bspw. durch die Corona-Pandemie ergeben hätten.

Auf die Nachfrage von Hermann Assmann erläutert Eva Mahler, dass zukünftig nicht zwei Redelisten geführt werden sollen, sondern eine quotierte, in der Erstredner*innen nach vorne rückten. Im Konflikt zwischen Frau und Erstredner solle erst die Frau zu Wort kommen.

Jörg Schoolmann äußert sich skeptisch, sieht aber für Männer keinen Grund, sich benachteiligt zu fühlen. Eine Quotierung schränke die freie Rede nicht ein.

Bernd Siegel bestätigt, dass der Beirat Vahr eine gute Diskussionskultur habe. Das werde sich auch mit einer quotierten und einer Erstrednerliste nicht ändern. Alle Männer könnten sich weiterhin äußern, aber Frauen und Erstredner*innen fühlten sich vielleicht eher motiviert, sich zu äußern.

Abschließend äußern Eva Mahler und Kathrin Lammel, dass sich eine freiwillige Selbstverpflichtung in der Regel besser anhöre als sie in der Praxis wirke. Außerdem profitierten Fraktionen mit nur einem Mann von der Erstrednerliste.

Anschließend lässt Frau Dr. Mathes über den vorliegenden Antrag abstimmen: Er wird bei acht Ja-Stimmen, zwei Nein-Stimmen und vier Enthaltungen mehrheitlich angenommen.⁵

TOP 4: Haushaltsantrag: Verlängerung der Buslinie 31 bis zur Berliner Freiheit⁶

Dr. Tim Haga stellt den Antrag vor.⁷ Dabei teilt er mit, dass der Beirat Oberneuland bereits einen gleichlautenden Antrag beschlossen habe. Die Verlängerung der Buslinie 31 sei im Verkehrsentwicklungsplan (VEP) vorgesehen, SKUMS habe bislang aber nicht die nötigen finanziellen Mittel in den Haushalt einstellen lassen.⁸

Bernd Siegel und Jens Emigholz sprechen sich ebenfalls für den Antrag aus. Es handele sich um eine vergleichsweise günstige Maßnahme. Außerdem habe die Vahr ein Interesse daran, die Bewohner*innen des Wohnparks Oberneuland in das Zentrum der Vahr zu holen.

Der Beirat spricht sich einstimmig für den Haushaltsantrag aus.

TOP 5: Jugendbeteiligung: Aktivitäten und Vorschläge des Ortsamts

Dr. Karin Mathes äußert zunächst ihren Dank für die Unterstützung des Beirats zur Einrichtung einer weiteren Stelle für kommunale Sachbearbeitung im Ortsamt. Das Profil der Stelle erfülle

⁵ Margret Kößling-Schumann nahm ebenfalls an der Abstimmung teil, bei der alle Gremienmitglieder einzeln aufgerufen und um Stimmabgabe gebeten wurden. Margret Kößling-Schumanns Stimmverhalten konnte dabei nicht ermittelt werden. Eine nachträgliche Anfrage, wie sie gestimmt habe, wurde bislang nicht beantwortet.

⁶ Bereits in der Sitzung des Fachausschusses „Bau, Verkehr und Umwelt“ am 12.03.2020 wurde ein Antrag auf Verlängerung der Buslinie 31 beschlossen, aber von SKUMS zurückgewiesen; siehe unter [Protokoll Nr. 4](#) (TOP 3) und unter der Anlage [Antrag FDP zur Linie 31](#).

⁷ Der Haushaltsantrag ist als **Anlage 3** diesem Protokoll angefügt.

⁸ Siehe den bisherigen [Verlauf der Linie 31](#) von Borgfeld-Ost über Universität, Horn und Wohnpark Oberneuland zum Nedderland und den aktuellen [Fahrplan der Linie 31](#).

Die Anbindung des Büroparks Oberneuland findet sich im „[Verkehrsentwicklungsplan Bremen 2025](#)“ in Kapitel 6 „Handlungskonzept und Maßnahmen“ in der Rubrik „Maßnahmen im ÖPNV – Busverkehr“ als Maßnahme E „Verbesserung der Anbindung Büropark und Wohnpark Oberneuland an ÖPNV und an Stadtteilzentren“.

Henrike Wunsch-Lautebach. Es umfasse als neue Aufgabenfelder auch Jugendbeteiligung und neue Medien. Daneben sei Seyit Dalgic seit vergangenen Sommer als Freiwilliger im Sozialen Jahr Politik (FSJ) tätig.

Henrike Wunsch-Lautebach macht deutlich, dass Jugendbeteiligung unter den Bedingungen der Corona-Pandemie neu gedacht werden müsse. Die Digitalisierung biete hier eine neue Chance auf Beteiligung, denn der unmittelbare Kontakt zu Jugendlichen sei im Augenblick nicht möglich, selbst der Besuch einer Jugendeinrichtung gestalte sich schwierig. Auf diesem Hintergrund habe sie mit Seyit Dalgic ein Projekt entwickelt.

Anschließend stellt Seyit Dalgic an Hand einer Präsentation sein Projekt vor.⁹ Eine digitale Beteiligung Jugendlicher biete sich deshalb an, weil die einschlägigen Medien den Jugendlichen bereits bekannt seien und augenblicklich auch nur diese Form möglich sei. Damit könne den Jugendlichen auf Augenhöhe begegnet werden. In der Vahr sei dieser Weg bislang allerdings nicht beschritten worden. Sein Projekt solle bis zu den Sommerferien dauern und umfasse ein digitales Jugendbeteiligungstreffen, das mit Unterstützung der Jugendeinrichtungen organisiert werden solle und bei dem es um die Wünsche der Jugendlichen für die Vahr gehen solle. Vorsorglich könne er den Jugendlichen mit den Themen „Hausaufgabenhilfe“ und „Sport im Freien“ auch zwei Themen anbieten, bei denen sich durch die Corona-Pandemie ein deutlicher Bedarf zeige.

Dr. Karin Mathes macht deutlich, dass im Rahmen des Projekts Ideen entwickelt werden sollen, deren Umsetzung aber bereits über das jetzige Projekt hinausreichen. Das Ortsamt werde die Ergebnisse an den Beirat herantragen, der dann über deren Umsetzung und Finanzierung beraten könne. Eine besondere Hürde sehe sie in der Zahl der Jugendlichen, die bereit sei, sich zu beteiligen.

Dr. Karin Mathes und Henrike Wunsch-Lautebach stellen in Aussicht, dass im Fachausschuss „Soziales, Integration, Jugend, Kultur und Sport“ nach dem Beteiligungstag ein Zwischenbericht vorgelegt und vor den Sommerferien Ergebnisse vorgestellt werden könnten.

Christian Sauter (Leiter der Oberschule Kurt-Schumacher-Allee (KSA)) bietet an, das Projekt in der Schule zu bewerben. Viele Schüler*innen mit digitalen Endgeräten böten eine gute Voraussetzung. Er sei bereit, dafür auch Unterrichtszeit zur Verfügung zu stellen.

Das Vorhaben wird vom Beirat einhellig begrüßt.

TOP 6: Vergabe Stadtteilbudget: weitere Maßnahmen

Eingangs weist Frau Dr. Mathes darauf hin, dass gegenwärtig noch etwa € 47.000 aus dem Stadtteilbudget verfügbar seien. Bei je zwei Bordsteinabsenkungen eines Kreuzungsbereichs sei mit Kosten von etwa € 4.000 zu rechnen.

Bernd Siegel schlägt vier weitere Örtlichkeiten vor, um dort je zwei Bordsteinabsenkungen vornehmen zu lassen.¹⁰ Vor allem ältere Menschen seien froh über die bislang vorgenommenen Absenkungen. Der Beirat solle deshalb diese Maßnahme fortsetzen.

Auf Nachfrage von Petra Hoya erwidert er, dass die Bordsteine nicht vollständig abgesenkt würden, es müsse ein Rest bleiben, der Menschen mit Seheinschränkungen die Orientierung erleichtere. Taktile Elemente seien sehr kostspielig, deshalb rate er hiervon ab.

Der Beirat spricht sich einstimmig für die vorgeschlagenen Maßnahmen aus. Um zu verhindern, dass die Absenkung der Kantsteine als Einladung missverstanden werde, im Kurvenbereich aufgesetzt zu parken, sollen andersfarbige Kantsteine eingesetzt werden und auf den Fußwegen Holzpoller aufgestellt werden. An der Örtlichkeit Wilhelm-Liebknecht-Straße/ Carl-Severing-Straße soll ergänzend eine Schraffur im Kurvenbereich aufgebracht werden.

TOP 7: Verschiedenes

Es liegt nichts vor.

⁹ Die Präsentation ist als **Anlage 4** diesem Protokoll angefügt.

¹⁰ Die Vorschläge von Bernd Siegel für acht weitere Bordsteinabsenkungen sind der **Anlage 5** zu entnehmen.

Sprecher

Siegel

Vorsitzende

Dr. Mathes

Protokoll

Berger